Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 35. | Dresden, Mittwoch den 12. Februar 1919. | 30. Jahrg.

Ebert Präsident — Scheidemann Ministerpräsident.

Deutschlands erster Präsident.

Seit gestern steht ein ehemaliger Arbeiter an der Spitze des Deutschen Reiches: **Fritz Ebert**, den schon die Revolution an die führende Stelle der Reichsleitung hob, wurde von der Nationalversammlung in Weimar zum Präsidenten gewählt. Ohne Kanonenschüsse, ohne Glockengeläut vollzog sich eins der gewaltigsten Ereignisse der deutschen Geschichte. Wie sich in diesem Akt der mächtige demokratische Sprung spiegelt, den Deutschland seit dem November getan hat, so symbolisiert sich in Eberts Laufbahn ein gewaltiges Stück Arbeiterbewegung. Seine Kindheit ging durch die Volksschule; seine Jugend fiel in die Zeit des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1892 trat der damals kaum 21jährige Sattlergeselle, der im unermüdlichen Bildungseifer an seinem Volksschulwissen gearbeitet hatte, in die Redaktion der Bremer Bürgerzeitung ein; im Jahre 1900 wurde er Arbeitersekretär in Bremen. 1905 saß er bereits im Vorstande der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Seit 1912 gehört er dem Deutschen Reichstag an und verkörperte auch hier in seiner ruhigen, festen, menschlich warmen Art ein Stück deutschen Volkstums.

Ueber die Grenzen Deutschlands hinaus wird der erste deutsche Präsident wirken als ein deutliches Merkmal dafür, daß ein neues Deutschland auferstanden ist. Das alte Hohenzollernreich ist dahin und kann nie wiederkommen. Mit ihm sanken all jene Vorrechte in den Staub, die den Aufstieg der untersten Volksschichten aufhalten sollten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß noch vor fünf Monaten Wilhelm II. in aller Siegerpose des verflossenen deutschen Monarchismus auf dem Reichsthron saß, um die Größe des Fortschritts zu erfühlen, der in dem gestrigen Akte von Weimar lag. Vor Monden noch konnte ein sozialdemokratischer Arbeiter in Deutschland kaum Nachtwächter werden, heute sitzt ein Sohn des Proletariats auf dem höchsten Repräsentantensitz des Reiches. Schon darin symbolisiert sich das demokratische Deutschland, in dem keine Besitz- oder Bildungsvorrechte künftig dem Tüchtigen die freie Bahn sperren können.

Unsre Ziele gehen weiter. Wir wissen, daß das demokratische Deutschland nur das Durchgangstor zum sozialdemokratischen Deutschland sein kann. Wann die demokratische Republik eine sozialdemokratische werden wird, das hängt nicht nur von unserem politischen Wollen ab, sondern auch von wirtschaftlichen Umständen. Aller Sozialismus, sofern er nicht ein Zurückfinken hinter kapitalistische Wirtschaftsstufen bedeuten soll, setzt einen bestimmten ökonomischen und politischen Reifezustand voraus. Darum können wir von heute auf morgen aus dem Weltkriegsbankrott kein sozialistisches Paradies schaffen. Aber den Weg zu dieser besseren Zukunft können wir beschreiten, und je mehr politische Macht das Volk in die Hände der Sozialdemokratie legt, um so eher werden wir zum Ziele kommen.

In schwerer Zeit schwingt sich der ehemalige Sattlergeselle in den Präsidentensattel. Im Osten sind unsre Grenzen bedroht und die Gegner im Westen suchen uns Glied um Glied abzuzwacken. Im Innern aber herrschen Not, Arbeitslosigkeit und die wirren Nachwehen der Revolution. Wer mit dem Volke fühlt, dessen Hoffnungen müssen sich zu dem heißen Wunsche verdichten, daß mit der verfassungsmäßigen Erneuerung Deutschlands auch die innere Erneuerung Schritt halten möge.

*

Die neue Regierung.

Dem Vorwärts wird aus Weimar gemeldet: **Die neue Regierung ist soeben zustandegekommen. Die Sozialdemokraten entsenden in das Kabinett: Scheidemann** (Ministerpräsident), **Landsberg** (Justiz), **Noske** (Heer und Marine), **Wissel** oder **Hué** (Wirtschaftsamt), **Bauer** (Arbeitsamt), **David** und **Wissel** oder **David** und **Hué** (ohne Portefeuille). Außerdem stellt die Sozialdemokratie **Unterstaatssekretäre** im Reichspostamt, Reichsfinanzamt und Reichsschatzamt. **David** scheidet durch seinen Eintritt in die Regierung aus dem Präsidium der Nationalversammlung aus. Für ihn tritt **Heinrich Schulz** als **Vizepräsident** in das Präsidium ein.

Die bürgerlichen Regierungsmitglieder sind die folgenden: Vom Zentrum: **Erzberger** (ohne Portefeuille), **Giesberts** (Post), **Herold** (Ernährungsamt). Der letztere hat bisher jedoch noch nicht angenommen. Es ist möglich, daß hierfür noch ein andres Mitglied der Christlichen Volkspartei in Frage kommt.

Von den Demokraten: **Preuß** (Vizepräsident und Inneres), **Schiffer** (Finanzen), **Petersen** (Reichsschatzamt). Auch der letztere Name steht noch nicht fest.

* * *

Die Präsidentenwahl.

Weimar, 11. Februar.

Präsident Dr. **David** eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr. Zunächst wird eine große Anzahl weiterer Adressen und Kundgebungen verlesen, darunter mehrere aus Deutschösterreich, die den Anschluß an Deutschland verlangen. Darauf nimmt das Haus die

Wahl des Reichspräsidenten

vor, die durch Stimmzettel vollzogen wird. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. Der Zufall will es, daß der Volksbeauftragte **Ebert** als erster der Aufgerufenen seinen Stimmzettel dem Schriftführer übergibt, der ihn in die Urne legt. Von 379 abgegebenen Stimmen entfallen 277 auf **Fritz Ebert**, der damit **zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt ist. Graf Posadowsky erhält 49 Stimmen**, Scheidemann und Erzberger je eine Stimme. Außerdem liegen 51 Stimmenthaltungen vor. Ebert erklärt die Annahme der Wahl.

Präsident Dr. David:

Somit hat das Reich zum erstenmal ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht

der selbstgewählte Führer.

Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffs zu führen vermag, hat er in den Monaten des stärksten inner- und außerpolitischen Sturmes bewiesen. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in einem blutigen Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht die Zerrüttung all unsres politischen und wirtschaftlichen Lebens bewirkt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reichs berufen. So hat das deutsche Volk das Vertrauen, daß es seiner bewährten politischen Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit gelinge, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts oder links. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Unabhängigen.) So möge denn die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande, ein volksgewählter Führer ist an die Spitze des Reichs getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt vom starken Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Eberts Erklärung.

Reichspräsident Ebert: Mit allen meinen Kräften und mit aller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, niemand zuliebe und niemand zuleide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich achten und schützen werde. Ich will und werde

als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes

handeln, nicht als Vormund einer einzigen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Ueberzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Durch meine Wahl haben Sie die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Jetzt hat das deutsche Volk das Vorrecht der Geburt auf allen Gebieten der Politik restlos beseitigt. Auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, alles im Rahmen des Menschenmöglichen vom gleichen Ausgangspunkte zu tun und jedem das gleiche Gepäck aufzuladen. Die Freiheit kann sich nur in staatlicher fester Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Nur auf des freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unsren Staat gründen nach innen und außen. Wir können aber um des Reiches willen nicht dulden, daß man unsre Brüder der Freiheit der Wahl beraubt.

Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, deren ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. Ein so hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. So lassen Sie uns denn ausrufen: **Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!**

Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Schluß nach 4½ Uhr.

Sozialistischer Wirtschaftsplan für Sachsen.

Der von Kranold-Chemnitz ausgearbeitete Sozialisierungsentwurf, der den sächsischen Ministerien unterbreitet werden soll, ist in drei Teile gegliedert und lautet:

I.

In der Meinung, daß die deutsche Revolution von den gegenwärtigen Machthabern bis in ihre letzten Folgen hinein durchdacht und fruchtbar gemacht werden muß, ersucht der Vollzugsrat (Zentralrat) des Landes Arbeiter- und Soldatenrats der Republik Sachsen die provisorische Regierung, der verfassunggebenden Volkskammer sogleich nach ihrem Zusammentreten ein System von Gesetzentwürfen über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen.

Für jeden Marxisten begreift es sich von selbst, daß erst eine neue Wirtschaftsordnung die Errungenschaften der Revolution in jeder Hinsicht sicherstellen kann. Diese Wirtschaftsordnung kann nur eine sozialistische sein. Es muß daher unverzüglich das gesamte sächsische Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Sozialisieren heißt aber nichts andres, als die gesamte Wirtschaft einer planmäßigen Verwaltung durch die Gesellschaft für die Gesellschaft zuführen. Hierzu ist die Voraussetzung, daß zum Zwecke einer umfassenden Verwaltungswirtschaft ein

Gesamtwirtschaftsplan

ausgearbeitet wird. Die Verwaltungswirtschaft erscheint unmöglich, wenn nicht alle vorhandenen Großorganisationen des Wirtschaftslebens in den Dienst der Wirtschaftszentrale gestellt werden. Es ist sogar notwendig, den Konzentrationsprozeß, der im Augenblick der Revolution noch nicht bis zum äußerst Möglichen gediehen war, mit allen Kräften in sozialistischem Geist zu fördern. Als solche Großorganisationen sind vor allem zu betrachten zunächst Staatsbetriebe, Gemeindebetriebe, ferner staatlich beaufsichtigte Produktionsgenossenschaften, Kartelle und Bankkonzerne, schließlich Gewerkschaften, Konsumentenverbände und Kommunalverbände. Diese Großorganisationen müssen zusammenwachsen zu einem

einzigen übersehbaren und beherrschbaren System der Versorgung,

und alle Bestrebungen, unmittelbare Verbindungen zwischen den einzelnen zu schaffen, sind nachdrücklich zu unterstützen. Im gegenwärtigen Augenblick erscheint dieses Verfahren als das einzige, das eine wirksame Förderung der Produktion verbürgt, ebenso wie es auf der andren Seite die sozialistische Verteilung der Produkte allein ermöglicht.

Die Zuteilung beruht auf der Zuordnung einer

Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildungs- und Vergnügungsmöglichkeiten

usw. an jeden Angehörigen, einer Mindestmenge, die die menschenwürdige Versorgung der einzelnen und der Familien in sich schließt. Die Einführung der

allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen

ist hierfür die selbstverständliche Voraussetzung, da in der sozialistischen Gesellschaft eine Versorgung auf Grund von erblichen Vorrechten und Glücksfällen nicht anerkannt wird. Aber auch in der sozialistischen Gesellschaft muß die jeweils höhere Leistung des Arbeiters, des Betriebsleiters, des Erfinders, des Verwaltungsbeamten, des geistigen Arbeiters, des Künstlers usw. durch Zuteilung günstigerer Lebenslagen nach wohldurchdachten Grundsätzen entlohnt werden, um durch solchen Ansporn das wirtschaftliche und kulturliche Leben im Gang zu erhalten.

Der Zeitpunkt für die Sozialisierung ist niemals günstiger gewesen als heute und wird nach Menschenermessen nie wieder so günstig sein. Einer Sozialisierung würde es entgegenstehen, wenn heute ausländische Geldgeber, Aktionäre, Unternehmer usw. im sächsischen Wirtschaftsleben Einfluß hätten. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. Wir sind insofern Herren im eigenen Haus. Aber vielfach wird behauptet, daß die bisherigen Kriegsgegner des Deutschen Reichs verstaatlichte Betriebe eher in Besitz nehmen würden, als private. Demgegenüber ist zu betonen, daß eine wirklich radikale Sozialisierung, wie sie zu fordern ist, sich durchaus nicht ausschließlich der Form der Verstaatlichung bedienen muß. Aber auch abgesehen davon ist diese Befürchtung offenbar grundlos, wie schon die Waffenstillstandsforderungen der Entente beweisen, die sich nicht im mindesten darum bekümmern, ob sie die für sie nützlichen Fabrikate — landwirtschaftliche Maschinen, Lokomotiven, Waggons und Handelsschiffe — den privaten oder verstaatlichten Unternehmungen wegnehmen.

Wir sind endlich in der Lage, auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die weitgehende Rationalisierung und Ersparnis durchzuführen. Hierzu ist es notwendig, die unwirtschaftliche, überflüssige Mannigfaltigkeit der Produkte und die Arbeit und Rohstoff verzehrende private Organisation der Reklame und gewisser Formen des Kleinhandels mit allen Mitteln einzuschränken. Die Mittel dazu sind die heute schon vielfach erörterten der Normierung, der Typisierung und der Nationalisierung. All dies kann nur durch eine umfassende Verwaltungswirtschaft entscheidend gefördert werden. Nicht zuletzt ist zu betonen, daß Deutschland schon vor dem Kriege zur Einrichtung zahlreicher Großorganisationen übergegangen war, und daß während des Krieges durch die bekannten kriegsmäßigen Zentralisationen — ob sie nun wirtschaftlich oder minderwirtschaftlich geartet sein — eine große Reihe von wichtigen Erfahrungen gewonnen worden ist und daß durch sie eine weitgehende Vertrautheit der Bevölkerung mit derartigen verwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen hervorgerufen wurde. Selbstverständlich ist die Sozialisierung ohne Schwierigkeiten auch im Rahmen eines Teilstaates, wie der Republik Sachsen, mühelos durchführbar. Während sozialpolitische Umgestaltungen innerhalb der freien Verkehrswirtschaft nur dann durchführbar erscheinen, wenn sie gleichzeitig für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reichs eingeführt werden, kann innerhalb des Reichsgebiets ein einzelner sozialisierter Staat den umliegenden gegenübertreten, wie ein riesenhaftes Großunternehmen der es umgebenden zersplitterten Wirtschaftswelt. Die Republik Sachsen würde, wenn sie sich zu dem entscheidenden Schritt einer vollgültigen Sozialisierung entschlösse, für die Sozialisierung der ganzen Welt, jedenfalls aber Deutschlands, ein Beispiel geben, das unter keinen Umständen ohne nachhaltigste Wirkung bleiben könnte. Auf die ungeheure politische Bedeutung dieses Schrittes soll hier nicht weiter eingegangen werden.

II.

Als Mittel zur Durchführung eines solchen Sozialisierungsplanes sind die folgenden zu betrachten:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG